

## Notiz über die Beziehungen des Europarates zu Portugal und Spanien (17. November 1976)

**Quelle:** Archives historiques du Conseil de l'Europe - Historical archives of the Council of Europe, Strasbourg, F-67075 Strasbourg Cedex. Political relations with member states, 030 CCN. Political relations with Portugal, 848/030 1951. Portugal, General Correspondence, DE 0314/848.

Notiz über die Beziehungen des Europarates zu Portugal und Spanien. Straßburg: Europarat, 17.11.1976.

**Urheberrecht:** (c) Europarat

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/notiz\\_uber\\_die\\_beziehungen\\_des\\_euoparates\\_zu\\_portugal\\_und\\_spanien\\_17\\_november\\_1976-de-95c59bfe-62f1-43e6-92b6-9be379d3b2f1.html](http://www.cvce.eu/obj/notiz_uber_die_beziehungen_des_euoparates_zu_portugal_und_spanien_17_november_1976-de-95c59bfe-62f1-43e6-92b6-9be379d3b2f1.html)

**Publication date:** 07/09/2012

## Notiz über die Beziehungen des Europarates zu Portugal und Spanien (17. November 1976)

### I. Portugal

Portugal wurde am 22. September 1976 der 19. Mitgliedstaat des Europarats.

Vor der Revolution vom 25. April 1974 gab es kaum Beziehungen zum offiziellen Portugal. Dagegen bestanden schon seit Jahren Kontakte zur portugiesischen Opposition und insbesondere zum heutigen Premier-Minister Mario Soares. Nach dem 25. April 1974 förderten beide Organe des Europarats die Anbahnung der Beziehungen zu der neuen portugiesischen Regierung. Dabei war der Beitritt Portugals zum Europarat das Ziel, dass realisiert werden sollte, sobald die innenstaatlichen Verhältnisse den Bedingungen der Satzung gerecht würden.

Wenn Wirtschaftsfragen nicht aus seiner Kompetenz ausgeschlossen sind, so ist der Europarat doch im wesentlichen nicht eine wirtschaftliche Organisation. So war er nicht in der Lage, wie die Europäischen Gemeinschaften oder die Europäische Freihandelsvereinigung oder einzelne Mitgliedsstaaten Portugal massive Wirtschaftshilfe zukommen zu lassen. Der Europarat hat aber versucht, mit den ihm zur Verfügung stehenden bescheidenen Mitteln, seinen Beitrag zur Herstellung eines funktionsfähigen demokratischen Staatswesens zu leisten. Dies geschah und geschieht noch in Form eines Programms, das im wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

Einmal soll es Portugal helfen, sich in möglich kurzer Zeit mit den verschiedenen Formen der Zusammenarbeit vertraut zu machen, die sich seit 1949 innerhalb des Europarats entwickelt haben. Dies ist wichtig, wenn Portugal nach seinem Beitritt zur Organisation möglichst schnell vollwertig an allen Arbeiten teilnehmen soll.

Zum andern zielte das Programm darauf ab, Portugal bei der Lösung ganz bestimmter technischer Probleme beizustehen. Aus der großen Zahl von Projekten - sie fallen in die Gebiete Erziehung, Wissenschaft, soziale Fragen, öffentliches Gesundheitswesen, Lokalverwaltung, Recht und Massenmedien - seien hier nur einige Beispiele erwähnt:

- Experten des Europarats haben das jetzt dem Parlament vorliegende Gesetz zur Reform der Sozialversicherung maßgeblich mitgestaltet.
- Experten aus verschiedenen Mitgliedsländern haben die portugiesische Regierung bei der Reform von Radio und Fernsehen und bei der Erarbeitung einer demokratischen Spielregel entsprechenden Gesetzgebung, auf diesem Gebiet beraten.
- Journalisten von Rundfunk, Fernsehen und Tagespresse wurden zu Studienaufenthalten bei entsprechenden Institutionen in Mitgliedsländern des Europarats eingeladen.
- In mehreren Seminaren in Lissabon und Porto wurden Regierungsmitglieder, hohe Beamte und Anwälte mit dem im Europarat bestehenden System zum Schutz der Menschenrechte vertraut gemacht. So war es für Portugal möglich, als erstes Land bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde zum Europarat zugleich auch die Menschenrechtskonvention zu unterzeichnen.
- Fachleute des Europarats helfen den portugiesischen Behörden bei der Reorganisation des öffentlichen Gesundheitswesen.

usw.

Ein Projekt, das der Europarat auf besonderen Wunsch des Präsidenten der Republik im neuen Jahr in Angriff nehmen wird, ist die Mithilfe beim Aufbau eines umfassenden Systems der staatsbürgerlichen Erziehung, in der Schule wie auch in Rundfunk und Fernsehen.



Wenn man von den europäischen "Mini-Staaten" Andorra, San Marino, Liechtenstein und Monaco absieht, die in verschiedenem Umfang auf andere Weise in das System der Zusammenarbeit innerhalb des Europarats einbezogen sind, bleibt außer Finnland kein europäischer Staat mit demokratischer Grundordnung welcher der Familie des Europarats nicht angehört. Für Finnland kommt angesichts seiner besonderen geographischen Lage ein Beitritt im Augenblick nicht in Frage, aber nichts destoweniger bestehen manche Bande der Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten.

[...]